

Zur Entwicklung der Effektivlohnstruktur in den neuen Bundesländern	291
VR China: Wandel durch weltoffenen Handel?	296

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 23/92

Berlin

4. Juni 1992

2. Ex.

59. Jahrgang

Bibliothek

Zur Entwicklung der Effektivlohnstruktur in den neuen Bundesländern

Die unterschiedliche Entwicklung der Unternehmen in Ostdeutschland schlägt sich auch in der Entlohnung der Beschäftigten nieder. Neugegründete und schon frühzeitig privatisierte Unternehmen zahlen nicht nur höhere Effektivlöhne als Unternehmen, die noch unter Verwaltung der Treuhandanstalt stehen, sondern unterscheiden sich auch deutlich in der Entwicklung der effektiven Lohnstruktur. Während in den Treuhandunternehmen die noch weitgehend anreizarmen Strukturen der DDR gelten, hatten neugegründete und frühzeitig privatisierte Betriebe schon im Frühjahr 1991 ähnliche Entlohnungsmuster wie westdeutsche Unternehmen.

Erwerbspersonen im mittleren und höheren Lebensalter haben nicht nur ein hohes Beschäftigungsrisiko, sondern sie müssen selbst im Falle der Erwerbstätigkeit Einkommensnachteile hinnehmen, da ihre Berufserfahrung kaum noch gefragt ist. Außerdem werden in neuen Betrieben, die in relativ kurzer Zeit das westdeutsche Einkommensniveau erreichen werden, bevorzugt Jüngere beschäftigt.

Zur Methode

Die Analyse der effektiven Entlohnungsstrukturen in den neuen Bundesländern steht vor dem Problem, daß die statistische Erfassung von neugegründeten Betrieben außerordentlich schwierig ist, weil keine zuverlässigen Auswahlgrundlagen für eine Erhebung zur Verfügung stehen. Zudem ist bei Betrieben als Erhebungseinheit zwar die Erfassung der Lohnsumme und des Durchschnittslohnes möglich, die Erhebung von Informationen zur personellen Lohnstruktur wäre aber so aufwendig, daß diese Informationen von den Statistischen Ämtern nicht zur Verfügung gestellt werden. Im folgenden wird deswegen der selten begangene Weg über eine Bevölkerungsbefragung gewählt.

Im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP), einer Wiederholungsbefragung, deren Ost-Stichprobe im Juni 1990 vom DIW begonnen wurde, werden Arbeitnehmer nach ihrem Einkommen und über Merkmale der Betriebe befragt, in denen sie beschäftigt sind. Dies ermöglicht Aussagen über die Entwicklung der Löhne nach Betriebs-

typen. Im folgenden werden die Angaben der zweiten Befragungswelle ausgewertet, die im Frühjahr 1991 erhoben wurde.

Alle Analysen werden nur für abhängig beschäftigte Männer vorgenommen, da die lohnbildenden Faktoren für Frauen individuell weit stärker von der aktuellen Familiensituation und ihrer vergangenen Erwerbstätigkeit beeinflußt werden, die in der Umfrage nicht detailliert erhoben wird.

Die nach Betriebstypen differenzierten Ergebnisse sind als „Trendmeldungen“ zu werten, da lediglich für 454 vollzeitbeschäftigte Männer eine verlässliche Zuordnung auf Betriebstypen möglich war¹. Da die Angaben auf einer repräsentativen Zufallsstichprobe beruhen, sind trotz der geringen Fallzahlen allgemeine Aussagen möglich².

¹ Dies entspricht 56 vH der in der Stichprobe enthaltenen männlichen abhängigen Erwerbstätigen (ohne Kurzarbeiter).

² Die statistische Signifikanz aller Aussagen wurde mit Hilfe des „t-Tests“ geprüft, der unmittelbar auf kleine Fallzahlen reagiert.

Beschäftigung und Lohnstrukturen werden getrennt nach Betrieben analysiert, die

- vor dem 1. Juli 1990, also vor Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion privatisiert wurden;
- nach dem 1. Juli 1990 privatisiert und
- nach Öffnung der Grenzen neugegründet wurden³.

Sie werden mit Unternehmen verglichen, die

- noch von der Treuhandanstalt verwaltet werden oder
- von den Befragten dem Bereich des öffentlichen Dienstes zugeordnet werden⁴.

Wie zu erwarten, wird das höchste durchschnittliche Bruttoeinkommen in neugegründeten Betrieben erzielt (vgl. Tabelle 1)⁵. Während in den neuen Bundesländern alle Beschäftigten im Frühjahr 1991 knapp 50 vH des Einkommens der abhängig beschäftigten Männer in den alten Bundesländern hatten, erreichen die Beschäftigten in den neuen Betrieben etwa 55 vH des Westniveaus. Überdurchschnittlich hoch ist auch das Einkommen in bereits vor dem 1.7.1990 privatisierten Betrieben. Danach privatisierte Betriebe zahlen kein höheres Durchschnittseinkommen als noch unter Treuhandverwaltung stehende Betriebe.

Lohnstrukturen

Eine höhere Produktivität ermöglicht es den Unternehmen höhere Löhne zu zahlen und erleichtert es ihnen auch, die betrieblichen Lohnstrukturen stärker zu differenzieren. Die Lohnspreizung in den neuen Bundesländern ist deutlich zu vergrößern, sollen Anreize für knappe Qualifikationen gegeben werden. Betriebe, die rasch eine qualifikations- und knappheitsgerechte Lohnstruktur ein-

führen, haben Effizienzvorteile, die sie wiederum für leistungsfähige Arbeitnehmer attraktiver machen.

Eine angemessene Lohnspreizung läßt sich erfahrungsgemäß aber nicht erreichen, indem die Entlohnung für weniger qualifizierte Tätigkeiten und überschüssige Qualifikationen gesenkt wird. Im Gegenteil: Eine größere Lohnspreizung kann nur durch überdurchschnittliche Lohnsteigerungsraten für höherwertige und knappe Tätigkeiten erzielt werden. Dies fällt einem Betrieb, der aufgrund einer hohen Produktivität auch hohe Durchschnittslöhne zahlen kann, leichter als einem „Altbetrieb“, der die Löhne im Durchschnitt sogar eher senken müßte, um am Markt bleiben zu können.

³ Bereits in der DDR bestehende private Handwerksbetriebe werden aus der Analyse ausgeschlossen, da die Fallzahl der dort beschäftigten Arbeitnehmer in der SOEP-Stichprobe zu gering ist.

⁴ Die Zuordnung zum Bereich „öffentlicher Dienst“ ist erfahrungsgemäß — auch im Westen — außerordentlich unscharf. Es ordnen sich mehr Beschäftigte dem öffentlichen Dienst zu, als dies nach streng juristischen Kriterien der Fall sein kann. Bei den hier durchgeführten Analysen ist dies allerdings ein geringes Problem, da sowohl öffentlicher Dienst wie unter Treuhand-Verwaltung stehende „Betriebe“ nicht zu den produktiveren und deswegen privatisierten Betrieben gehören.

⁵ Dieser Befund scheint auf den ersten Blick der populären These zu widersprechen, daß es sich bei den Neugründungen überwiegend um Betriebe handelt, die „geringwertige“ Dienstleistungstätigkeiten anbieten. Nach wie vor kommt es gerade im Dienstleistungsbereich zu überdurchschnittlich vielen Existenzgründungen, von denen die meisten auf Imbißbuden u.ä. entfallen (vgl. Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse. Fünfter Bericht. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 12-13/1992). Solche Unternehmen beschäftigen aber oft keine abhängig Beschäftigten, so daß dieser Unternehmenstyp, der für die Gesamtbeschäftigung keine entscheidende Rolle spielt, hier nicht analysiert wird.

Tabelle 1

Durchschnittliche Brutto-Arbeitseinkommen und lohnbildende Merkmale abhängig beschäftigter Männer im Frühjahr 1991 in den neuen Bundesländern nach Betriebstypen¹⁾

	Treuhand-Betrieb	Öffentl. Dienst	Privatisiert		Neu-gründung
			vor 1.7.1990	nach 1.7.1990	
Einkommen	1 881	1 685	1 952	1 776	2 281
			in DM		
			in Jahren		
Schul- und Berufsausbildung	11,8	12,8	11,6	11,6	12,8
Berufserfahrung	19,0	21,7	23,8	22,1	16,3
Betriebszugehörigkeit	8,5	13,7	11,0	13,2	—
			in vH		
Anteil formal überqualifizierter Beschäftigter	23	22	36	26	36

¹⁾ Ohne Kurzarbeiter.

Quellen: SOEP (Ost); Berechnungen des DIW.

Die Spreizung der betrieblichen Lohnstrukturen wird anhand der „Renditen“ für Ausbildung und Berufserfahrung gemessen. Dieses Verfahren beruht auf der Humankapitaltheorie. Es zeichnet sich dadurch aus, daß mit wenigen Kennziffern die Spreizung einer Lohnstruktur dargestellt werden kann⁶.

Zur Bestimmung der Rendite für „Humankapital“ wird analysiert, um wieviel Prozent die Einkommen von Beschäftigten mit jedem zusätzlichen Ausbildungs-⁷ und Berufsjahr steigen. Die Berufserfahrung kann in eine „allgemeine Berufserfahrung“, die den Erwerbsjahren eines Beschäftigten entspricht und ein „betriebsspezifisches Humankapital“ unterschieden werden, welches den Jahren entspricht, die ein Erwerbstätiger im Betrieb beschäftigt ist.

In der DDR betrug die Rendite für jedes Ausbildungsjahr 4,6 vH und war damit deutlich geringer als in der Bundesrepublik, wo jedes zusätzliche Ausbildungsjahr das monatliche Bruttoeinkommen um 7,1 vH erhöhte (vgl. Tabelle 2). Auch die allgemeine Berufserfahrung wurde in der DDR mit 1,2 vH pro Jahr nur schwach und jedes zusätzliche Jahr im selben Betrieb mit 0,2 vH Einkommenszuwachs praktisch nicht honoriert. Diese Kennzahlen beschreiben die Ausgangssituation für alle schon zu DDR-Zeiten existierenden Unternehmen, wobei die Entlohnungsmuster in allen Betrieben in etwa gleich waren.

In den neuen Bundesländern müssen Betriebe, die die Lohnstruktur rasch nach Qualifikationsgesichtspunkten spreizen, höhere Bildungsertragsraten aufweisen als Betriebe, die noch nach alten Prinzipien entlohnen (müssen).

Die Ergebnisse in Tabelle 2 zeigen, daß insbesondere die an der beruflichen Ausbildung orientierte Lohnstruktur in einigen Betriebstypen bereits westliche Muster erkennen läßt. Die höchste Ausbildungsrendite wird in neugegründeten Betrieben erzielt. Mit 9 vH Einkommenszuwachs pro Ausbildungsjahr liegt diese Rendite sogar über der Durchschnittsrendite, die in Westdeutschland für Ausbildung gezahlt wird. Die nächsthöhere Rendite zahlen Betriebe, die vor dem 1.7.1990 privatisiert wurden (8 vH), dicht gefolgt⁸ von den nach dem 1.7.1990 privatisierten Betrieben. Die Ausbildungsrendite ist bei Treuhand-Betrieben mit 5 vH deutlich niedriger und entspricht noch dem Niveau von 1989. Extrem niedrig ist der Erhebung im Frühjahr 1991 zufolge die Ausbildungsrendite im öffentlichen Dienst.

Die Umstellung der Produktion und Organisation in den neuen Bundesländern hat offensichtlich zu einer Entwer-

⁶ Vgl. Johannes Schwarze, Ausbildung und Einkommen von Männern — Einkommensfunktionsschätzungen für die ehemalige DDR und die Bundesrepublik Deutschland. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 24. Jg., Heft 1, 1991, S. 63-69.

⁷ Sofern es sich nicht um ein Wiederholungsjahr in der Schule handelt oder um ein überlanges Studium. Dies wird in der statistischen Analyse dadurch ausgeschlossen, daß nicht die effektiven Ausbildungsjahre, die ein Befragter benötigt hat, benutzt werden, sondern die Ausbildungsjahre, die institutionell notwendig sind, um den Ausbildungsabschluß zu erhalten. D.h., daß beispielsweise für einen ungelernten Erwerbstätigen ohne Schulabschluß acht Ausbildungsjahre unterstellt werden und für einen Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß 17 Jahre (vgl. dazu Johannes Schwarze a.a.O.).

⁸ Dieser Unterschied ist statistisch nicht signifikant.

Tabelle 2

Ausbildungserträge abhängig beschäftigter Männer¹⁾

	Bundesrepublik 1989	DDR 1989	Ostdeutsche Unternehmen im Frühjahr 1991				
			Treuhand- betriebe	Öffentl. Dienst	Privatisiert		Neu- gründung
					vor 1.7.1990	nach 1.7.1990	
Jedes zusätzliche Jahr ... erhöht das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen eines Arbeitnehmers um ... vH ²⁾							
Ausbildung	7,1	4,6	5,4	2,4	8,4	7,8	8,8
Berufserfahrung ³⁾	3,3	1,2	— ⁴⁾	1,4	—	—	—
Betriebszugehörigkeit	0,4	0,2	—	0,3	—	—	—
Mindereinkommen in vH des Lohnes für unter ihrer formalen Qualifikation eingesetzte ...							
Facharbeiter	—4,8	—3,1	—	—	—17,8	—	—
Meister	—14,8	—13,2	—	—	—33,8	—	—
Ingenieure	—	—	—	—19,3	—	—	—27,2
Hochschulabsolventen	—16,9	—6,7	—30,5	—	—48,6	—35,0	—39,5

¹⁾ Ohne Kurzarbeiter. — ²⁾ Ergebnisse einer Regressionsfunktion, in der verschiedene einkommensbestimmende Merkmale berücksichtigt wurden. — ³⁾ Durchschnittswert; mit zunehmendem Alter geht diese Ertragsquote etwas zurück. — ⁴⁾ Nicht signifikant, d.h. vermutlich ohne Einfluß auf das Einkommen.

Quellen: SOEP (Ost); Berechnungen des DIW.

tung der Berufserfahrung und der Betriebszugehörigkeit geführt (Zeilen 2 und 3 in Tabelle 2)⁹. Eine mit der Berufserfahrung steigende Entlohnung läßt sich nur noch für den öffentlichen Dienst und die vor dem 1.7.1990 privatisierten Betriebe zeigen. Im öffentlichen Dienst ist die „Senioritätsentlohnung“ wie im Westen tariflicher Bestandteil. Die Honorierung der Berufserfahrung in vor dem 1.7.1990 privatisierten Betrieben dürfte darauf zurückzuführen sein, daß bis zum Erhebungszeitraum im Frühjahr 1991 die Produktionsmethoden nicht stark verändert werden mußten, so daß die kumulierte Berufserfahrung von den einzelnen Arbeitnehmern noch produktiv einsetzbar war. In neugegründeten Betrieben kann die Betriebszugehörigkeit definitionsgemäß keine Rolle spielen, aber auch die allgemeine Berufserfahrung wird nicht honoriert¹⁰.

Die westlichen Maßstäben entsprechende Rendite für die formale Ausbildung wird in neugegründeten und privatisierten Betrieben u.a. deswegen erreicht, weil in diesen Betrieben Arbeitnehmer, deren formale Qualifikation höher ist, als sie für die ausgeübte Tätigkeit notwendig ist, nicht mehr — wie dies in der DDR der Fall war — fast ebenso gut wie qualifikationsgerecht eingesetzte Arbeitnehmer entlohnt werden (vgl. den unteren Block in Tabelle 2). Wer in den neuen und privatisierten Betrieben — gemessen an seiner formalen DDR-Qualifikation — unterqualifiziert eingesetzt wird, verdient weniger als ein qualifikationsgerecht einsetzbarer Beschäftigter.

Die marktgerechte Entlohnung in neuen und privatisierten Betrieben wird auch dadurch deutlich, daß der Anteil von Beschäftigten, deren formale DDR-Qualifikation nicht anerkannt wird, in diesen Betriebsformen bereits im Frühjahr 1991 höher war als in den von der Treuhand verwalteten Betrieben und im öffentlichen Dienst (vgl. den unteren Block in Tabelle 1).

Soziale Aspekte

Die aus betriebswirtschaftlichen und wachstumspolitischen Gründen notwendige Spreizung der Lohnstruktur und die nach Betriebstypen unterschiedliche Höhe der Effektivlöhne verursacht indes auch soziale Probleme. Wachsende Betriebe, insbesondere Neugründungen, stellen erfahrungsgemäß eher Arbeitnehmer jüngeren und mittleren Alters ein¹¹, da diese von Unternehmen unter verschiedenen Gesichtspunkten als produktiver angesehen werden als Ältere: Im Bereich der unqualifizierten Tätigkeiten, wo es insbesondere auf körperliche Tüchtigkeit ankommt, sind junge Menschen älteren offensichtlich überlegen. Die „Amortisationszeit“ für betriebliche Weiterbildung ist bei Älteren kürzer als bei Jüngeren (selbst wenn diese höhere Fluktuationsraten aufweisen). Wenn Berufserfahrung und betriebsspezifisches Wissen aufgrund der Umstellung auf westliche Technologien entwertet werden, so trifft dies Ältere naturgemäß stärker als Jüngere, die nicht viel Erfahrung zu verlieren haben. Dies bedeutet, daß

ältere Arbeitnehmer bei einer produktivitätsgerechten Entlohnung kaum eine Chance haben, das Einkommen gleichaltriger westlicher Arbeitnehmer zu erreichen.

Die berufliche Erfahrung Älterer, mit der sie in qualifizierteren Tätigkeiten eine nachlassende körperliche Tüchtigkeit kompensieren können, kommt insbesondere dann zum Tragen, wenn ältere Arbeitnehmer eine lange Betriebszugehörigkeit aufweisen. Sie kennen dann die Arbeitsabläufe und können ihr Wissen auch an Jüngere weitergeben. Dieser Vorteil älterer Arbeitnehmer entfällt bei Betriebswechseln und Neugründungen. Deswegen kann man in den alten Bundesländern seit langem beobachten, daß 50jährige und ältere Arbeitnehmer kaum noch den Betrieb wechseln und im Falle der Arbeitslosigkeit praktisch keine Wiederbeschäftigungschance haben.

Jüngere haben im Vergleich zu Älteren allein deswegen Vorteile, weil die geringe Honorierung der Berufserfahrung in neugegründeten und nach dem 1.7.1990 privatisierten Betrieben für jüngere Arbeitnehmer nicht besonders schmerzhaft ist, da sie definitionsgemäß wenig Berufserfahrung und Betriebszugehörigkeitsdauer zu verlieren haben. Im Westen steigt mit der Berufserfahrung und der Betriebszugehörigkeit das Erwerbseinkommen, während dies in den neuen Bundesländern für viele ältere Arbeitnehmer nicht mehr der Fall ist. Wenn in den neuen Bundesländern Qualifikation mit denselben Maßstäben wie im Westen entgolten würde, aber die Berufs- und Betriebszugehörigkeitsdauer völlig als lohnbildende Merkmale entwertet würden, so hätten Arbeitnehmer der Altersklasse 16-29 Jahre im Frühjahr 1991 fast 80 vH des vergleichbaren westlichen Einkommens erreicht, während die obere Altersklasse (50 Jahre und älter) bei knapp 60 vH liegen würde.

Die Einkommensprobleme älterer Arbeitnehmer werden verstärkt, weil in den neugegründeten Betrieben vorwiegend jüngere Arbeitnehmer beschäftigt werden. Das Durchschnittsalter in diesen Betrieben beträgt 35 Jahre, und es ist damit deutlich niedriger als in den privatisierten Betrieben, im öffentlichen Dienst und in Treuhandunternehmen (vgl. Tabelle 3). Das hohe Durchschnittsalter in den vor dem 1.7.1990 privatisierten Betrieben dürfte darauf zurückzuführen sein, daß sie ihre Belegschaft übernommen haben.

⁹ Da sich die Lerneffekte einer Vielzahl von Berufs- und Betriebsjahren tendenziell mit jedem weiteren Jahr abschwächen können, wird dies in der statistischen Analyse berücksichtigt, indem die Berufsjahre nicht nur linear, sondern quadratisch — mit negativem Vorzeichen — eingehen. Die ausgewiesene Rendite für die Berufserfahrung nimmt dann mit zunehmenden Lebensalter etwas ab.

¹⁰ Wobei die sehr kleine Stichprobe auch für dieses Ergebnis verantwortlich sein könnte.

¹¹ Für die „Verjüngung“ der Belegschaften dürfte in den neuen Bundesländern auch bedeutsam sein, daß wachsende Betriebe nur wenige Junge entlassen müssen.

Tabelle 3

Lebensalter der männlichen Arbeitnehmer im Frühjahr 1991 in den neuen Bundesländern nach Betriebstypen¹⁾

	Treuhand-Betrieb	Öffentl. Dienst	Privatisiert		Neu-Gründung	nachrichtlich: Ost-West-Pendler
			vor 1.7.1990	nach 1.7.1990		
Durchschnittsalter	37,4	41,8	42,2	39,3	35,0	32,5
Altersstruktur (in vH)²⁾						
bis 39	56,4	42,1	36,9	52,2	70,5	75,7
40 - 50	28,8	32,7	40,0	28,6	23,0	21,4
51 u.ä.	14,8	25,2	23,1	19,2	6,5	2,9

1) Ohne Kurzarbeiter. — 2) Die Unterschiede der Altersstruktur sind bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 vH signifikant.
 Quellen: SOEP (Ost); Berechnungen des DIW.

Ein genauerer Blick auf die Verteilung des Lebensalters der Beschäftigten (vgl. Tabelle 3) zeigt, daß in den neugegründeten Betrieben — wie dies auch in Westdeutschland der Fall ist — praktisch keine 50jährigen und Älteren beschäftigt werden, während in allen anderen Betriebstypen ältere Arbeitnehmer zu finden sind.

Bislang wurden nur Beschäftigte in den neuen Bundesländern betrachtet. Für die Einkommensverteilung in den neuen Bundesländern spielen aber auch „West-Pendler“ eine große Rolle. Fast 10 vH der ostdeutschen Arbeitnehmer haben inzwischen in Westdeutschland (einschließlich West-Berlin) eine Arbeitsstelle. Dort erzielen sie in der Regel volle West-Einkommen¹². Da die West-Pendler vorwiegend junge Menschen sind (ihr Durchschnittsalter lag im Frühjahr 1991 mit 32 Jahren noch unter dem Durchschnittsalter der Beschäftigten in neugegründeten Betrieben), fallen die älteren Arbeitnehmer hier stark zurück.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß in Ostdeutschland jüngere Arbeitnehmer eine größere Chance

haben, einen Arbeitsplatz in Westdeutschland oder in einem Neubetrieb zu erhalten. Junge Arbeitnehmer, die in konkurrenzfähigen Neu-Betrieben Beschäftigung finden, werden in kurzer Zeit das westdeutsche Einkommensniveau erreichen. Dabei spielt auch eine Rolle, daß jüngere Arbeitnehmer von der Entwertung der DDR-Berufserfahrung wenig oder nicht betroffen sind.

Während am anderen Ende des Altersspektrums die Transfers an Rentner auch rasch steigen, weil dies in der Logik des bundesdeutschen Sozialversicherungssystems liegt, zeichnet sich ab, daß im mittleren Altersbereich die Dauerarbeitslosigkeit besonders ausgeprägt sein wird. Selbst diejenigen, die weiter beschäftigt sind, sind besonders stark von der Entwertung ihrer Berufserfahrung betroffen.

¹² Vgl. auch Pendler und Migranten — Zur Arbeitskräftemobilität in Ostdeutschland. Bearb.: Wolfgang Scheremet und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/92, S. 21-26.

VR China: Wandel durch weltoffenen Handel?

Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China ist durch gegensätzliche Signale gekennzeichnet. Auf der einen Seite trugen Reformen, vor allem in der Außenwirtschaft, dazu bei, daß 1991 das reale Wachstum des Sozialprodukts Chinas mit 7 vH das aller seiner asiatischen Nachbarn übertraf, die Industrieproduktion um 14 vH stieg und in der Landwirtschaft aus schweren Unwetterschäden resultierende Produktionseinbußen durch Produktivitätsfortschritte mehr als wettgemacht werden konnten. Die Ausfuhren wuchsen — gegenläufig zum stagnierenden Welthandel — um knapp 16 vH. Demgegenüber verschärfen sich die Gegensätze zwischen den durch hohen Außenwirtschaftsanteil geprägten Wachstumsregionen, speziell des Südens, einerseits und den zurückbleibenden, konservativ beherrschten Gebieten anderseits.

Fortschreitende Verbesserung der Leistungsbilanz

Die Außenwirtschaft ist seit Beginn der Öffnungsperiode Ende der siebziger Jahre auf vielen Ebenen Vorreiter im Reformprozeß und aufgrund der Vermittlung von ausländischem Kapital, moderner Technik und Managementwissen zugleich Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Begünstigt waren vor allem die Sonderwirtschaftszonen in den Küstengebieten und die Region am Pearl-Flußdelta. Der Außenhandelsumsatz wuchs von 1978 bis 1991 um durchschnittlich jährlich gut 14 vH. Der chinesische Außenhandel expandierte mehr als doppelt so schnell wie der Welthandel; mithin hat sich China verstärkt in die Weltwirtschaft integriert. Die Volksrepublik übertraf dabei selbst

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren für die VR China

	Einheit	1980	1991	1990/89	1991/90	1990/80 ¹⁾
		absolut		Veränderung in vH		
Bevölkerung ²⁾	Mill.	986,8	1 158,2	1,4	1,3	1,5
Zahl der Beschäftigten ³⁾	Mill.	421,8	581,6	2,5	2,5	3,0
Bruttosozialprodukt GNP ⁴⁾	Mrd. Yuan	415,8	1 958,0	5,2	7,0	15,1
Bruttoproduktion von Landwirtschaft und Industrie ⁵⁾	Mrd. Yuan	657,1	3 623,3	7,7	15,8	16,8
Industrie	Mrd. Yuan	479,7	2 822,5	7,8	14,2	17,5
Schwerindustrie	Mrd. Yuan	252,7	1 442,9	6,2	13,9	17,2
Leichtindustrie	Mrd. Yuan	227,5	1 379,6	9,2	14,5	17,8
Landwirtschaft	Mrd. Yuan	176,8	800,8	7,6	3,0	14,7
Produktion von Getreide ⁶⁾	Mill. t	320,3	435,2	6,7	—2,5	2,8
Getreideproduktion je Kopf	kg	324,7	378,2	7,9	—3,1	1,4
Baumwolle	Mill. t	2,7	5,6	18,1	25,0	6,7
Rohstahl	Mill. t	37,1	70,6	7,2	6,4	6,0
Kohle	Mill. t	620,1	1 090,0	2,5	0,9	5,3
Rohöl	Mill. t	106,0	139,0	0,2	0,9	2,5
Elektrische Energie	Mrd. kwh	300,6	675,0	5,7	8,7	7,6
Werkzeugmaschinen	1000 Stück	133,6	150,8	—34,1	12,1	1,1
Fernsehergeräte	Mill. Stück	2,4	26,6	—3,8	—2,3	24,5
Umsatz des Binnenhandels	Mrd. Yuan	213,9	939,8	1,9	13,2	14,4
Staatseinnahmen ⁷⁾	Mrd. Yuan	108,5	363,4	3,4	1,4	11,6
Staatsausgaben ⁸⁾	Mrd. Yuan	121,3	430,0	13,5	13,3	12,2
Anlageinvestitionen ⁹⁾	Mrd. Yuan	93,8	527,9	4,5	18,6	17,0
davon aus staatl. Budget	Mrd. Yuan	34,9	61,3	7,8	—2,4	5,2
Währungsreserven ¹⁰⁾	Mrd. US-\$	2,6	43,1	64,7	45,5	29,0

¹⁾ Durchschnittliche jährliche Veränderung. — ²⁾ Angaben zum Jahresende; für 1990 nach dem Jahrbuch berichtigt. — ³⁾ Zahl registrierter Beschäftigter sowie Selbständiger im staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Bereich, in Städten und ländlichen Gebieten. — ⁴⁾ Nettoproduktion der Bereiche Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Baugewerbe, Handel und übrige Dienstleistungen; Werte in laufenden Preisen, Veränderung berechnet zu vergleichbaren Preisen. — ⁵⁾ Daten für die Industrie einschließlich des Produktionswertes der ländlichen Kleinindustrie. — ⁶⁾ Angabe erfolgt nach dem Grund-Nahrungsmittel-Konzept unter Einrechnung von Kartoffeln mit 1/5 ihres Rohgewichts. — ⁷⁾ Revidierte Werte, Neuverschuldung nur zum Teil eingerechnet. — ⁸⁾ Erst von 1987 an wurden die Preissubventionen im zentralen Haushalt den Ausgaben zugerechnet. — ⁹⁾ Anlageinvestitionen im staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Bereich. — ¹⁰⁾ Sämtliche Reserven (ohne Gold) nach Angaben des IMF.

Quellen: Zhongguo tongji nianjian 1991, (Statistisches Jahrbuch Chinas 1991), Beijing 1991; IMF, International Financial Statistics; Jährliche Berichte über die Haushaltsrechnung sowie über die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne; FEER vom 2.4.92; Berechnungen des DIW.

mehrere Schwellenländer und rückte in dem genannten Zeitraum nach Angaben des GATT bei den Exporten von Platz 34 auf Rang 13 der Welthandelsnationen auf, knapp vor die Republik Korea und unmittelbar hinter Taiwan, die GUS und Hongkong¹.

Im Rahmen der Anpassungspolitik nach der Überhitzung der Wirtschaft in den Jahren 1986 bis 1988 waren auch die Importe eingeschränkt worden, 1990 hatte der Rückgang knapp 10 vH betragen. Mit der Beschleunigung des Wachstums wuchsen 1991 die Einfuhren wieder, vom ersten Quartal an mit zunehmendem Tempo. Der Jahreswert lag um 19,5 vH über dem Vorjahresulte. Trotzdem erzielte China einen — wenn auch gegenüber 1990 geringfügig verminderten — Ausfuhrüberschuß (8,1 Mrd. US-\$). Aufgrund höherer Nettoerlöse aus dem Export von Dienstleistungen und aus Übertragungen verbesserte sich die Leistungsbilanz kräftig, die Währungsreserven konnten um rund 13 Mrd. \$ auf 43 Mrd. \$ aufgestockt werden.

Begründung einer neuen Außenwirtschaftspolitik

Auch nach der Öffnung folgte die chinesische Handelspolitik zunächst vornehmlich den politisch-ökonomischen

Kräften in einer bipolar dominierten Welt. Das Land suchte rechtzeitig die Trends zu erkennen und für die Stärkung der eigenen Volkswirtschaft zu nutzen. China verweigerte gemäß diesen mehr reaktiven Prinzipien zunächst auch die Mitarbeit in Vereinigungen der Dritten Welt². Nur in den Vereinten Nationen war es vertreten³.

Seit einiger Zeit verfolgt die Volksrepublik jedoch eine offensivere Linie. So wird in den Medien verstärkt der Einfluß moderner Technik auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung diskutiert. Durch „aktive Teilnahme“ an „gut organisierter wirtschaftlich-technischer Zusammenarbeit“ und „Bündelung der gemeinsamen Interessen von Nachbarstaaten“⁴, soll die Wettbewerbskraft Chinas er-

¹ China hält nach dieser Angabe einen Anteil von 2 vH an den Weltexporten. Das GATT zählt bei Hongkong alle Re-Exporte (1991 im Umfang von 69 Mrd. \$ von insgesamt 98 Mrd. \$) mit; die Angabe für die GUS ist infolge von Bewertungsproblemen nur eine grobe Schätzung. Vgl. IMF Survey vom 13.4.1992.

² China wurde z.B. niemals Mitglied der „Gruppe der 77“.

³ Einschließlich aller Unterorganisationen sowie des IMF und der Weltbank.

⁴ Zum außenpolitisch-historischen Hintergrund der Hinwendung zum asiatisch-pazifischen Raum vgl. Peter J. Opitz, Gezeitenwechsel in China — Die Modernisierung der chinesischen Außenpolitik. Zürich 1991.

Daten zur Außenwirtschaft der VR China

	Einheit	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Ausfuhr	Mrd. US-\$	18,27	22,01	22,32	22,23	26,14	27,35	30,94	39,44	47,54	52,49	62,06	71,91
Einfuhr	Mrd. US-\$	19,55	22,01	19,28	21,39	27,41	42,25	42,91	43,21	55,27	59,14	53,35	63,79
Saldo der Handelsbilanz ¹⁾	Mrd. US-\$	-1,28	.	3,04	0,84	-1,27	-14,90	-11,97	-3,77	-7,75	-6,65	8,71	8,12
Saldo der Leistungsbilanz ²⁾	Mrd. US-\$	-3,16	1,35	5,82	4,49	2,51	-11,42	-7,03	0,30	-3,80	-4,80	11,99	13,40
Währungsreserven ³⁾	Mrd. US-\$	2,54	5,01	11,35	14,98	17,37	12,72	11,45	16,30	18,54	17,96	29,59	43,06
Verschuldung, brutto ges. ⁴⁾	Mrd. US-\$	4,50	5,80	8,36	9,61	12,08	16,72	23,75	35,30	42,41	44,85	52,55	65,00
davon kurzfristig	Mrd. US-\$	.	.	2,30	3,98	5,60	6,42	6,08	8,22	8,81	6,91	6,77	7,20
Schuldendienst ⁵⁾	Mrd. US-\$	0,93	1,72	2,12	2,69	2,28	2,48	2,97	3,81	4,63	5,68	7,01	8,40
Schuldendienstquote ⁶⁾	vH	4,4	4,6	8,1	10,0	7,3	7,7	8,2	8,5	8,7	9,8	10,3	10,1
Guthaben im IBS ⁷⁾	Mrd. US-\$	2,53	4,97	7,86	9,35	18,53	11,95	11,27	16,97	22,18	23,40	31,88	42,10
Verbindlichkeiten u. Forderungen gegenüber Kreditinstituten in der Bundesrepublik Deutschland													
Verbindlichkeiten	Mill. DM	.	.	.	956	941	1 236	1 204	1 548	2 096	2 422	2 764	2 951
Forderungen	Mill. DM	.	.	.	446	669	339	155	196	331	447	394	1 021

1) Nach Angaben der Zollstatistik. — 2) Nach Angaben der Chinesischen Volksbank; für 1991 geschätzt. — 3) Nach Angaben der Chinesischen Volksbank und des IMF, per Jahresende 1991. — 4) Nach den World Debt Tables der Weltbank, Meldungen aus der Presse. — 5) Zins- und Tilgungsleistungen zusammengefasst. — 6) Schuldendienst im Verhältnis zum Export von Gütern und Dienstleistungen. — 7) Interbanksystem, Berichtssystem der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel; Angabe für 1991 per 30.9. Von den Währungsreserven lagen zu diesem Zeitpunkt etwas mehr als 40 vH bei der Bank of China.

Quellen: Zhongguo tongji nianjian 1991, Guojia tongji ju (Statistisches Jahrbuch Chinas 1991, Staatliches Statistisches Amt), Beijing 1991; China's Customs Statistics, Beijing und Hongkong, 1983/1992; UN, World Debt Tables, vol. 2, November 1991; IMF, International Financial Statistics, Monatshefte; BIZ, Entwicklung des Internationalen Bankgeschäfts und der Internationalen Finanzmärkte, Basel, Vierteljahrsberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik; Berechnungen des DIW.

heblich erhöht werden⁵. Dazu zählt auch eine Offensive zur Wiederbelebung der chinesischen Mitgliedschaft im GATT.

Mitte der fünfziger Jahre hatte China drei Viertel seines Außenhandels mit den Staatshandelsländern abgewickelt, zu Beginn der achtziger betrug deren Anteil noch gut 10 vH, bis 1991 schrumpfte er auf 4,4 vH. China wurde so vom Zusammenbruch des „Sozialistischen Weltmarkts“ weniger getroffen als andere Länder. Nur die GUS hat als Folge des Ausbaus des Grenzhandels noch einen (6.) Platz unter den zehn wichtigsten Handelspartnern Chinas⁶.

Überproportional zum chinesischen Gesamthandel entwickelte sich der Austausch mit der asiatisch-pazifischen Region. China setzt heute 75 bis 80 vH seiner Warenlieferungen in diesem Raum ab und bezieht 65 bis 75 vH seiner Einfuhren von dort. Allein sechs der zehn wichtigsten Handelspartner Chinas gehören zu dieser Region. Von der gestiegenen Importnachfrage der Volksrepublik profitierten neben Hongkong vor allem Taiwan und die Republik Korea⁷. Aber auch China zieht Vorteile aus der engen Verflechtung mit der Wachstumsregion Ostasien.

Seit Herbst 1991 ist China Mitglied der APEC⁸. Nach Japan wurde im April 1992 auch mit Korea ein Investitionsschutzabkommen paraphiert, nachdem schon im Dezember zuvor ein Handelsabkommen unterzeichnet worden war; die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wird vorbereitet. Auch mit dem Nachbarn Vietnam werden die Handelsbeziehungen und die Verkehrsverbindungen verbessert.

Die Beziehungen zu wichtigen APEC-Partnern sind allerdings nicht frei von Problemen. Neben Auseinandersetzungen mit Japan wegen einiger kleiner Inseln im Ostchinesischen Meer gibt es vor allem Schwierigkeiten mit den USA. Amerika beklagt die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten von US-Schiffahrtsgesellschaften in China sowie das Dumping mit Produkten aus chinesischen Zwangsarbeitslagern und Kinderarbeit (vor allem bei der Herstellung von Spielwaren). China weist die Verknüpfung von Menschenrechtsfragen mit der Gewährung der Meistbegünstigung als Einmischung zurück. Hinzu kommen Untersuchungen des US-Handelsbeauftragten über Handelsbarrieren gegen amerikanische (und andere) Importgüter⁹. Beschränkungen durch die USA, Chinas drittgrößten Handelspartner und heute wichtigen Lieferanten moderner Technik, würde nicht nur die Volksrepublik, sondern auch Hongkong als Mittler des gegenseitigen Handels schwer treffen. Daher hat China ein starkes Interesse an einer Beilegung des Konflikts gerade mit den USA. So kam das Land den USA in der strittigen Frage des Patentschutzes und copyrights entgegen¹⁰.

Europas Handel mit China hat gegenüber den siebziger Jahren an Gewicht verloren: Die Volksrepublik liefert heute gut 9 vH ihrer Ausfuhren in die EG und bezieht von dort 13 bis 15 vH ihrer Einfuhren. Die EG-Lieferungen sind allerdings vielfach Produkte moderner Technologie und damit für die Entwicklung des Landes besonders wichtig¹¹. Die

Bezüge der EG-Länder aus China werden nach der chinesischen Zollstatistik zu niedrig ausgewiesen; nach den Partnerdaten ist ihr Handel mit der Volksrepublik defizitär¹². Wie andere Länder der Region hat sich China in Vorbereitung auf einen erweiterten deutschen Markt intensiv mit den Problemen der deutschen Vereinigung auseinandergesetzt und eine größere Vertretung in Berlin errichtet¹³.

⁵ Vgl. z.B. den programmatischen Aufsatz von Lei Wen: Eine historische Wende in der wirtschaftlichen und politischen Situation der Welt. In: Xiandai Guoji Guanxi (Gegenwärtige internationale Beziehungen), Heft 3/1991, S. 3 ff.

⁶ Mit 3,3 vH Anteil an der Einfuhr Chinas und 2,5 vH an der Ausfuhr. Langfristig werden die Aussichten für die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Rußland und den übrigen Ländern der GUS aber günstig beurteilt. Vgl. Zhang Hengxuan, Li Zupei und Li Zhe, Bedeutung und Aussichten der wirtschaftlichen und technischen Kooperation an der chinesisch-sowjetischen Grenze. In: Shijie Jingji (Weltwirtschaft), Nr.2/1991, S. 56 ff.

⁷ Der Handel Chinas mit beiden Ländern wird überwiegend noch über Hongkong durchgeführt und in der amtlichen chinesischen Statistik auch so nachgewiesen; dabei ergeben sich Abweichungen zu den (höheren) Angaben der Partnerländer; so gibt Korea den Umsatz mit China im Jahr 1991 mit rund 5 Mrd. \$ um gut 2 Mrd. \$ höher an. Doppelzählungen sind jedoch nicht auszuschließen. Vgl. die positive Darstellung der bilateralen Beziehungen mit Korea in Guoji Maoyi (Internationaler Handel), Nr. 9/1991, S. 20 ff.: Pang Rongqian, China und Süd-Korea, Entwicklung und Aussichten für (Nichtregierungs-) Beziehungen und Handel.

⁸ Asian Pacific Economic Community, 1989 nach dem Vorbild der OECD gebildete Gemeinschaft zur Koordinierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Mitglieder sind die ASEAN-Staaten und Japan, Kanada, USA, Australien, Neuseeland, Republik Korea sowie China, Hongkong und Taiwan.

⁹ Diese Untersuchungen müssen bis Oktober 1992 abgeschlossen sein. Einen Überblick über den aktuellen Stand der bilateralen Wirtschaftsprobleme gibt James Orr, Evolution of US Trade with China. In: Federal Reserve Bank of New York, Quarterly Review, Winter 1991/92, S.47 ff. Über das Problem Meistbegünstigung/Menschenrechtsverletzungen informiert „The US-China Act of 1991“. In: The Congressional Digest, Vol.70, No.10, October 1991.

¹⁰ Am 17.1.1992 wurde dazu ein Rahmenabkommen zwischen beiden Ländern unterzeichnet, das Vorbild für die Regelung mit dritten Ländern sein könnte. Vgl. China-Business Review, March-April 1992, S. 9 ff.

¹¹ Über die Probleme der europäischen wirtschaftlichen Entwicklung, die Perspektiven des Handels und die kommende Währungsunion aus chinesischer Sicht wird in drei Beiträgen in der Zeitschrift Shijie Jingji (Weltwirtschaft) Heft 8/1991, S. 27 ff., berichtet.

¹² Nach der Partner- (OECD-) Statistik ergab sich 1990 für die 12 EG-Länder ein Defizit gegenüber China in Höhe von 5,6 Mrd. US-\$, China errechnete für sich ein Minus von 2,4 Mrd. US-\$. Die Differenz erklärt sich aus dem Handel über dritte Länder, speziell mit Hongkong. Die Bundesrepublik bezieht z.B. mehr als zwei Drittel ihres indirekten Handels mit China über Hongkong bzw. andere Nicht-EG-Länder.

¹³ Vgl. den Vorortbericht des Vizedirektors des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Politik, Qui Yuanlun, Analyse der deutschen Wirtschaft nach der Vereinigung. In: Shijie Jingji (Weltwirtschaft), Heft 12/1991, S.1 ff.

Außenhandel der VR China nach Ländern und Ländergruppen

	1980	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
	in Mill. US-\$							
Ausfuhr, insgesamt	18 122	27 350	30 942	39 437	47 540	52 486	62 063	71 910
	Anteile in vH							
APEC ¹⁾	61,9	70,2	64,4	67,8	70,8	74,4	74,2	79,6
dar.: ASEAN ²⁾	6,6	10,3	6,0	5,9	5,9	5,8	6,0	5,8
dar.: Singapur	2,3	7,6	3,9	3,4	3,1	3,2	3,2	2,8
Hongkong ²⁾	24,0	26,3	31,6	34,9	38,4	41,8	42,9	44,7
Taiwan ⁴⁾	0,0	0,3	0,7	0,8	1,0	0,2	0,5	0,8
Rep. Korea ⁴⁾	0,4	2,2	2,0	2,2	2,9	3,3	2,0	3,0
Ozeanien	1,5	0,9	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
dar.: Australien	1,2	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8
Japan	22,3	22,3	15,4	16,2	16,7	15,9	14,5	14,3
USA	5,4	8,6	8,5	7,7	7,1	8,4	8,3	8,6
Kanada	0,8	0,9	1,0	1,0	0,8	0,8	0,7	0,8
Restl. Süd- u. Westasien	4,0	2,5	2,7	2,4	2,5	3,8	4,6	2,8
Naher Osten ⁵⁾	5,1	6,0	6,3	6,2	3,9	2,5	2,2	1,9
Westeuropa ⁶⁾	15,0	9,2	14,0	11,1	11,0	10,1	9,9	10,4
dar.: EG (12)	13,1	8,2	12,9	9,9	9,9	9,2	9,1	9,4
dar.: BRD	3,9	2,7	3,2	3,1	3,1	3,1	3,0	3,3
Osteuropa ⁷⁾	6,1	3,6	4,5	4,1	3,5	3,0	1,5	0,4
dar.: DDR	0,9	0,4	0,7	0,6	0,7	0,6	0,3	.
UdSSR/GUS	1,3	3,6	3,9	3,2	3,1	3,5	3,6	2,5
Afrika	4,1	2,0	2,4	3,7	4,0	1,4	2,1	1,4
Mittel- u. Südamerika	2,7	2,3	1,5	1,2	0,8	1,0	1,3	1,1
	in Mill. US-\$							
Einfuhr, insgesamt	20 020	42 253	42 904	43 216	55 251	59 142	53 349	63 791
	Anteile in vH							
APEC ¹⁾	61,4	67,6	62,9	65,9	65,6	65,4	64,7	74,6
dar.: ASEAN ²⁾	3,3	2,7	3,4	4,8	5,5	6,1	5,5	6,0
dar.: Singapur	0,9	0,6	1,3	1,4	1,8	2,5	1,6	1,7
Hongkong ²⁾	2,8	11,3	13,1	19,5	21,7	21,2	26,7	27,4
Taiwan ⁴⁾	1,2	1,7	2,1	2,8	4,1	3,1	4,2	5,7
Rep. Korea ⁴⁾	0,6	1,6	1,6	1,9	2,2	2,4	1,3	1,7
Ozeanien	6,2	3,1	3,8	3,7	2,8	3,0	2,8	2,7
dar.: Australien	5,3	2,7	3,3	3,1	2,0	2,5	2,5	2,4
Japan	25,8	35,6	29,0	23,3	20,0	17,8	14,2	15,7
USA	19,1	12,0	11,0	11,2	12,0	15,1	12,3	12,6
Kanada	4,1	2,7	2,4	3,2	3,4	1,8	2,8	2,6
Restl. Süd- u. Westasien	3,5	3,3	2,7	1,2	1,3	5,2	2,4	0,9
Naher Osten ⁵⁾	1,6	0,4	0,3	0,6	1,0	0,9	0,9	1,2
Westeuropa ⁶⁾	16,7	16,8	21,3	19,9	17,1	18,1	17,7	15,7
dar.: EG (12)	14,1	14,5	17,9	16,8	14,8	15,4	15,2	13,2
dar.: BRD	6,7	5,7	8,3	7,2	6,2	5,7	5,0	4,8
Osteuropa ⁷⁾	6,8	4,1	4,8	4,5	4,1	3,5	2,4	1,0
dar.: DDR	1,3	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,5	.
UdSSR/GUS	1,3	2,3	3,4	2,9	3,2	3,6	4,0	3,3
Afrika	1,9	0,8	0,6	0,4	0,5	0,7	0,7	0,7
Mittel- u. Südamerika	4,2	4,6	3,8	2,9	4,0	4,1	2,8	2,5

1) Asian Pacific Economic Community; hier regional betrachtet, einschließlich Ozeanien. — 2) Association of South-East-Asian Nations. — 3) Einschließlich teilweise hoher Re-Exporte, vor allem im Handel mit Taiwan, Südkorea, Deutschland und den USA. — 4) Werte z.T. geschätzt, z.T. in der Summe von Hongkong enthalten. Von 1989 an für Taiwan und von 1990 an für die Rep. Korea nur die amtliche Angabe des direkten Handels. Der Gesamthandel ist erheblich größer. — 5) Alle Länder Asiens westlich von Pakistan. — 6) Einschließlich Türkei und Zypern. — 7) Einschließlich Jugoslawien.

Quellen: Zhongguo duiwai jingji maoyi nianjian 1984 (Jahrbuch der Außenwirtschaft 1984), Beijing 1984, S.IV-3 ff; China's Customs Statistics, Beijing und Hongkong, 1983/1992; Guoji maoyi (Internationaler Handel), 1990/1992; Weitere Hinweise aus der Presse Taiwans und Koreas; Berechnungen des DIW.

Neuer Vorstoß im GATT

Im Herbst 1990 beschloß die Volksrepublik, den Schwierigkeiten im bilateralen Verhältnis zu den USA auf der Ebene des GATT offensiv zu begegnen und auf eine baldige Behandlung seines Antrags auf Wiederaufnahme zu drängen¹⁴. Zunächst hatte China stärker die UNCTAD favorisiert, die es als Forum der Ansprüche der Dritten Welt sah¹⁵. Heute setzt China auf Weltbank, IMF und GATT als die Garanten des Weltwirtschaftssystems und erwartet von der Einbindung in das Regelwerk der Handelsorganisation auch eine Stützung der eigenen Entwicklung zu einer Marktwirtschaft¹⁶. Die Volksrepublik würde heute auch einer Mitgliedschaft von Taiwan (als besonderes Zollgebiet wie Hongkong und Macao) zustimmen, sofern zuerst sie selbst zugelassen wird.

Vor allem aber kann die Volksrepublik auf weitere Reformen des Außenhandelssystems verweisen: Nach der Abschaffung direkter Exportsubventionen (Januar 1991) und der Senkung der Zollsätze für 225 Importgüter (Januar 1992), der Aufhebung von 16 (von insgesamt 53) Importlizenzen sowie der Abschaffung der Importregulierungssteuer (mit Hebesätzen von bis zu 80 vH) im April 1992 soll das Handelssystem der Volksrepublik durch die Veröffentlichung aller Gesetze, Verordnungen, Tarife und sonstigen Regelungen transparenter — und damit zugleich wirksamer — für inländische und ausländische Akteure gemacht werden¹⁷.

Zur Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Exportprodukte

Seit Beginn der Öffnungspolitik forciert die Volksrepublik den Import von modernen Technologien und Management-Methoden sowie von Kapital. Exportbetriebe, Exportzonen und wirtschaftliche Sonderzonen wurden eingerichtet, um die Wettbewerbsfähigkeit vor allem der gewerblichen Exportprodukte zu erhöhen. Schrittweise wurde das Recht zum Handel mit dem Ausland auf weitere zentrale und lokale Akteure, auch einzelne Firmen übertragen; sie können nun über ein Viertel und mehr ihrer Devisenerlöse verfügen. Der Handel mit Devisen zu vom offiziellen Kurs abweichenden Marktpreisen wurde zunächst an besonderen Plätzen angesiedelten, dann privilegierten Firmen, später allen Deviseninländern gestattet. Besondere steuerliche Anreize kamen zunächst den Sonderzonen, später 14 Küstenstädten und weiteren Gebieten zugute. Diese Reformschritte wurden durch ein Rahmenwerk von Gesetzen und Verordnungen ergänzt, die die Einordnung der Unternehmen in die Geld- und Finanzwirtschaft, das Arbeitssystem und die übrigen Bereiche der Volkswirtschaft regeln.

Zur Erprobung der Wettbewerbsfähigkeit wurden die Preise für bestimmte Vorleistungen und Endprodukte, hier vor allem in den Unternehmen der industriellen Konsumgüter erzeugenden Branchen, freigegeben. Vorrangig be-

handelt wurden dabei immer jene Betriebe, die auch im Export tätig waren oder sich auf diese Aufgabe vorbereiten sollten. Im Konsumgüterbereich, auch in der Produktion langlebiger Konsumgüter wie Kühlschränke, Waschmaschinen, Fernsehgeräte und Kassettenrecorder, konnten sich die Preise zunächst innerhalb einer Bandbreite bewegen und von 1988 an nach Angebot und Nachfrage frei schwanken. Dem entspricht im Rohstoff- und Energiebereich sowie bei einer Anzahl von wichtigen Gütern, die der staatlichen Planverwaltung unterworfen sind, das „duale Preissystem“¹⁸, das eine freie Preissetzung für über die Planvorgaben hinaus produzierte Gütermengen vorsieht. Während auf diesen Teilmärkten die Preise z.T. erheblich stiegen, gab es auf den Märkten für freie Konsumgüter auch größere Preisabschläge, wenn die Produzenten ihre Produktion nicht umstellen und die Produktqualität nicht verbessern konnten¹⁹.

Auch der Preis für ausländische Währungen wurde schrittweise angepaßt. China hatte in den fünfziger Jahren seine Währung an einen Warenkorb gebunden und diesen zuweilen verändert. Von 1986 an folgte China dann dem Regime des „managed floating“ in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zahlungsbilanz und der Wettbewerbsfähigkeit der wichtigsten Handelspartner. Das Land hat von Dezember 1989 an in drei größeren Kurssprüngen und seit 1991 in monatlichen, minimalen Anpassungsschritten seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem US-Dollar und dritten Währungen verbessert und zugleich auf den Devisentransfermärkten die Differenz zwischen offiziellem und Marktkurs möglichst gering gehalten, um auf

¹⁴ China gehörte zu den Gründungsmitgliedern, 1950 trat Taiwan im Namen Chinas aus der Welthandelsorganisation aus. 1986 stellte die Volksrepublik einen Wiederaufnahmeantrag, der als GATT-Dokument L/6125, 18.2.1987 den Mitgliedern zur Begutachtung vorgelegt wurde. Aufgrund der Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 wurde die Behandlung des chinesischen Antrags mehrfach vertagt. Bei den bisher neun Sitzungen des Prüfungsausschusses hat die Volksrepublik über 2000 Antworten zu ihrem Außenhandelssystem übermittelt.

¹⁵ Die letzte Stellungnahme erschien im Dezember 1991; vgl. „Basic considerations on issues on the agenda of UNCTAD VIII: Paper submitted by China“ UNCTAD TD/357.

¹⁶ Zum chinesischen Standpunkt vgl. Feng Yushu, China's Membership of GATT: A practical proposal. In: Journal of World Trade, Vol.22, No.6, Dezember 1988; und Far Eastern Economic Review vom 19.12.1991, S.65; zum GATT-Standpunkt vgl. Paul D. McKenzie, China's Application to the GATT: State Trading and the Problem of Market Access. In: Journal of World Trade, Vol.24, No.5, Oktober 1990; vgl. Margot Schüller, China auf dem Weg ins GATT. In: Nord-Süd aktuell, 1. Quartal 1991.

¹⁷ Ende letzten Jahres haben die Behörden begonnen, die verschiedenen Regelungen in der Zeitung Guoji Shangbao (Internationales Handelsblatt) zu veröffentlichen, Übersetzungen in Englisch sollen am Sitz des GATT erstellt werden.

¹⁸ Vgl. Wu Jinglian a. Zhao Renwei, The Dual Pricing System in China's Industry. In: Journal of Comparative Economics, Vol.11, No.3, 1987, S. 309 ff.

¹⁹ Vgl. William A. Byrd, The Market Mechanism and Economic Reforms in China. Armonk, NY 1991; hier besonders S. 98 ff.

diese Weise zu einem „quasi“ floatenden Kurs zu kommen²⁰.

Diese Maßnahmen haben offensichtlich bei vielen gewerblichen Exportgütern die Wettbewerbsfähigkeit Chinas, besonders auf den Märkten der Industrieländer, verbessert. Der Anteil verarbeiteter Güter am chinesischen Export stieg 1991 auf über 80 vH, in den wichtigen Sektionen „elektrische Maschinen“ und „Geräte für die Telekommunikationsindustrie“ wuchsen die chinesischen Aus-

fuhren schneller als diejenigen seiner asiatischen Konkurrenten unter den Schwellenländern. In den USA ging die Hälfte des chinesischen Exportzuwachses zulasten des Marktanteils dieser Konkurrenten²¹.

²⁰ Hauptanbieter auf diesen Transfermärkten sind Exportfirmen, die im Augenblick keine Verwendung für ihre Devisenerlöse haben.

²¹ Vgl. James Orr, a.a.O, Fußnote 12.

Struktur und Entwicklung der chinesischen Ausfuhr nach Warengruppen der SITC¹⁾

SITC Warengruppen	1982	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1990/82 ²⁾	1991/90
	Anteile in vH								Veränderung in vH	
0 Nahrungsmittel, lebende Tiere	13,0	14,0	14,4	12,1	12,4	11,7	10,6	10,0	1,5	9,6
00 Lebende Tiere	1,6	1,1	1,1	0,9	0,8	0,7	0,7	0,6	-7,3	2,2
01 Fleisch, Fleischkonserven	2,2	1,7	1,6	1,3	1,2	1,2	1,3	1,3	-3,9	14,5
03 Fisch, andere Meerestiere	1,5	1,0	1,6	1,8	2,0	2,0	2,2	1,6	11,6	-13,8
04 Getreide, Getreideerzeugnisse	1,0	3,9	2,9	1,5	1,4	1,4	1,0	1,6	2,9	90,5
05 Gemüse und Obst, fr. u. Konserven	3,7	3,0	3,5	3,3	3,4	3,1	2,8	2,7	1,3	11,7
07 Kaffee, Tee, Gewürze u.ä.	1,5	1,6	1,5	1,2	1,1	1,1	0,9	0,7	-4,0	-8,1
08 Futtermittel	0,5	0,9	1,3	1,4	1,8	1,4	1,0	1,0	14,9	9,7
1 Getränke und Tabak	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,6	0,6	0,7	7,4	54,7
2 Industrierohstoffe	7,4	9,7	9,3	9,3	9,0	8,0	5,7	4,8	1,3	-1,5
22 Ölsaaten, ölhaltige Früchte	0,9	1,8	1,8	1,7	1,4	1,2	1,0	1,0	2,5	19,8
26 Textilfasern u. Textilabfälle	2,7	4,2	3,7	3,8	3,5	2,9	1,8	1,6	0,5	2,7
27 Rohstoffe für Düngemittel	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9	1,0	0,8	0,7	3,1	-0,8
29 Sonst. pflanzl. u. tierische Rohstoffe	1,8	1,5	1,6	1,6	1,5	1,6	1,3	1,0	0,6	-12,9
3 Mineralische Brennstoffe, techn. Öle	23,8	25,9	11,7	11,5	8,4	8,1	8,4	6,7	-12,1	-7,7
32 Kohle, Koks	1,8	1,3	1,5	1,4	1,2	1,3	1,2	1,2	0,3	9,9
33 Erdöl, Erdölprodukte	22,0	24,6	10,2	10,1	7,1	6,8	7,2	5,5	-13,4	-10,9
4 Tierische u. pflanzl. Öle und Fette	0,3	0,5	0,4	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	-8,9	-6,5
5 Chemische Erzeugnisse	5,4	5,0	5,6	5,7	6,1	6,1	6,0	5,3	5,6	2,4
51 Organische chemische Produkte	1,3	1,1	1,3	1,3	1,2	1,3	1,4	1,3	4,0	8,7
52 Anorganische chemische Produkte	1,3	1,1	1,2	1,4	1,6	1,5	1,4	1,3	7,3	8,4
54 Medizin. u. pharmazeutische Produkte	1,1	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	2,1	19,4
6 Halbwaren u. Prod. d. Leichtindustrie	19,3	16,5	19,1	21,7	22,1	20,8	20,3	20,1	5,2	14,9
65 Textile Garne und Gewebe	11,2	11,9	13,7	14,7	13,6	13,3	11,3	10,8	4,0	10,5
66 Nichtmetallische Mineralien	1,5	0,8	1,0	1,1	1,2	1,5	2,1	2,3	8,4	26,8
67 Eisen und Stahl	2,2	0,4	0,5	1,1	2,1	1,3	2,1	2,3	12,2	30,1
69 Sonstige Metallsachen	2,3	1,6	1,8	2,0	2,1	2,3	2,3	2,4	4,5	18,5
7 Maschinen und Fahrzeuge	5,7	2,8	3,6	4,4	5,8	7,4	9,0	9,9	9,2	27,9
72 Werkzeugmaschinen	1,6	0,6	0,5	0,4	0,5	0,5	0,9	0,8	-5,9	11,3
76 Geräte f. Funk, Telefon u.ä.	0,5	0,3	0,8	1,3	1,7	2,2	2,8	2,8	24,7	16,3
77 Elektrische Maschinen und Geräte	0,7	0,4	0,6	0,9	1,2	1,6	2,0	2,3	18,2	37,7
79 Sonstige Fahrzeuge	1,4	0,8	0,5	0,5	0,4	0,3	0,4	0,5	-16,6	37,8
8 Fertigerzeugnisse	16,6	12,8	16,1	15,9	17,4	20,5	20,4	23,1	6,3	31,0
82 Möbel u. Möbelzubehör	0,6	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,6	2,5	44,5
83 Koffer, Taschen u.a. Reisebedarf	0,4	0,3	0,5	0,6	0,7	0,8	0,6	0,7	9,9	27,9
84 Bekleidung, Wäsche u.ä.	8,7	7,6	9,5	9,5	10,2	11,7	11,0	12,5	6,9	31,4
85 Schuhe	1,0	0,9	1,1	1,2	1,5	2,1	2,6	3,2	16,5	44,3
88 Photogr. u. optische Geräte, Uhren	0,5	0,2	0,4	0,4	0,5	0,6	0,9	0,9	5,6	9,6
89 Sonstige Fertigerzeugnisse	4,8	3,2	4,0	3,4	3,5	4,3	4,3	4,6	1,6	25,7
9 Nicht aufgegliederte Erzeugnisse	8,1	12,4	19,5	18,7	18,3	16,6	18,7	19,0	18,1	17,5

¹⁾ Internationales Warenverzeichnis der UN, Rev. 2. — ²⁾ Durchschnittliche jährliche log. Veränderung.

Quellen: China's Customs Statistics, Vierteljahreshefte Beijing und Hongkong, Berechnungen des DIW.

Ausblick

Mit dem Wachstum des Außenwirtschaftsbereichs dehnen sich auch sehr rasch der nicht-staatliche Sektor und die marktwirtschaftlichen Teilbereiche aus, die — in zunehmendem Maße — auf funktionsfähigen Konsumgütermärkten ein verbessertes Angebot auch für die inländische Bevölkerung bereitstellen. Diese Gütermärkte werden durch ein breites Angebot frei ausgehandelter Dienstleistungen ergänzt, die mit den staatlichen Versorgungsan-

stalten in Konkurrenz stehen. Entscheidendes Hemmnis ist weiterhin die durch Korruption, Paternalismus und Inkompetenz geprägte Bürokratie, die den Aufbau einer modernen Verwaltung behindert und zu fortschreitender Erosion aller Machtstrukturen führt. Reformen und konservative Bürokraten sind sich nur darin einig, daß sie ein wirtschaftlich starkes China wünschen und einen Zerfall des Landes verhindern wollen. Also setzen die Reformer auf die langsame Durchdringung der Planwirtschaft durch die Kräfte des Marktes. Das Ausland sollte diese Entwicklung stützen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer,
Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Entwicklung der Effektivlohnstruktur in den neuen Bundesländern. Bearbeitet von Johannes Schwarze und Gert Wagner. —
VR China: Wandel durch weltoffenen Handel? Bearbeitet von Ernst Hagemann.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten